

Juan Carlos Dastis

Das Rücktrittsrecht des Käufers im Europäischen Privatrecht



Nomos

Europäisches Privatrecht

Sektion B: Gemeinsame Rechtsprinzipien

herausgegeben von
Prof. Dr. Reiner Schulze

in Gemeinschaft mit

Prof. Dr. Jürgen Basedow
Prof. Dr. Franco Ferrari
Prof. Dr. Willibald Posch
Prof. Dr. Anton K. Schnyder

Band 49

Dr. Juan Carlos Dastis, LL.M. (Cambridge)

Das Rücktrittsrecht des Käufers im Europäischen Privatrecht



Nomos

Förderung durch ein Promotionsstipendium der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Bucerius Law School, Diss., 2016

ISBN 978-3-8487-4106-9 (Print)

ISBN 978-3-8452-8415-6 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*When the consequences of that breach are so extreme
that no one in his right mind would carry on:
if only a fool would soldier on, the man who runs away
is probably not a knave*

Tony Weir, Cambridge Law Journal 1976, 35.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im November 2016 von der Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft – als Dissertation angenommen. Mit der mündlichen Prüfung über das Thema „Ethischer Konsum und Privatrecht“ wurde das Promotionsverfahren am 15. Dezember 2016 abgeschlossen.

Das Vorwort gibt mir Gelegenheit, die vier Jahre, die zur Erstellung dieser Arbeit notwendig waren, Revue passieren zu lassen. Häufig wird an dieser Stelle geschildert, welches Martyrium die Dissertation für den Verfasser bedeutete. Für mich dagegen stellte das Verfassen der Dissertation ein wunderbares intellektuelles Abenteuer dar, an das ich gerne zurückdenke. Dazu, dass dieses Abenteuer ein gutes Ende genommen hat, haben viele Menschen beigetragen.

Zuerst sei genannt mein Doktorvater und akademischer Lehrer Reinhard Zimmermann, der mich über die ganzen Jahre in vielfältiger Weise unterstützte und förderte. Seine Vorstellung einer grenzüberschreitenden europäischen Rechtswissenschaft hat mich von Anfang an fasziniert und war mir stets Vorbild. Florian Faust danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens. Er war es auch, der meine Begeisterung für das Zivilrecht während meines Studiums an der Bucerius Law School weckte.

Dankbar bin ich auch für das Umfeld, in dem ich diese Arbeit verfassen durfte. Meine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht bot in jeder Hinsicht optimale Bedingungen für wissenschaftliches Arbeiten. Ich habe von allen Seiten Unterstützung erhalten und aus vielen Kollegen sind Freunde geworden.

Wissenschaftliche Erkenntnis wird häufig durch einen Perspektivwechsel begünstigt. Diesen Perspektivwechsel ermöglichte mir mein zweijähriger Aufenthalt in England. Im ersten Jahr absolvierte ich einen LL.M. am St John's College, Cambridge. Dabei konnten die Grundlagen für die Darstellung des englischen Rechts gelegt werden. In Cambridge gilt mein Dank in erster Linie David Ibbetson, der mich die englische Rechtsgeschichte lehrte, ohne die das geltende englische Recht nicht verstanden werden kann. Im zweiten Jahr durfte ich einen Forschungsaufenthalt als Max Planck Fellow am St Catherine's College, Oxford verbringen. Hier

Vorwort

gilt mein Dank insbesondere Stefan Vogenauer, der mir große Freiheiten gewährte und sich auch bereit erklärte, Teile der Dissertation zu lesen und zu diskutieren.

Rechtswissenschaft lebt vom Dialog. Daher war es für mich eine Bereicherung, im letzten Jahr der Arbeit an der Dissertation in das Programme in European Private Law for Postgraduates (PEPP) aufgenommen zu werden. Die Möglichkeit, meine Thesen mit hervorragenden Juristen aus ganz Europa diskutieren zu dürfen, gab der Arbeit zahlreiche Impulse.

Für die Förderung durch ein Promotionsstipendium danke ich der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw).

Herrn Jürgen Basedow und dem Nomos Verlag danke ich für die Aufnahme in die Schriftenreihe Europäisches Privatrecht.

Die Arbeit ist meinen Eltern Marie-Luise und Carlos Dastis und meiner Verena gewidmet.

Juan Carlos Dastis
München, März 2017

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Kapitel 1: Grundlagen	29
A. Aktuelle Entwicklung der europäischen Privatrechtsvereinheitlichung	29
B. Untersuchungsgegenstand: Rücktrittsrecht des Käufers	32
I. Rücktrittsrecht	32
II. Beschränkung auf Kaufverträge und das Rücktrittsrecht des Käufers	34
III. Nichterfüllung als Auslöser des Rücktrittsrechts – typische Rücktrittskonstellationen und untersuchte Fallgruppen	35
IV. Persönlicher Anwendungsbereich: Verbraucherrecht, allgemeines Privatrecht, Handelsrecht	37
C. Erkenntnisinteresse	38
D. Stand der Forschung	38
E. Vorgehensweise und Zielsetzung	39
Kapitel 2: Interessen und Grundlagen	42
A. Interessen	42
I. Grundkonflikt	42
II. Interessen des Käufers	43
1. Wiederherstellung der vollen Dispositionsfreiheit	43
2. Rücknahme der mangelhaften Sache durch den Verkäufer	43
3. Vermeidung von Beweisschwierigkeiten und Anerkennung von Käuferpräferenzen	44
4. Rücktrittsrecht als Option und <i>self-help remedy</i>	45
5. Sicherheit über das Bestehen eines Rücktrittsrechts	48
6. „Druckmittel“ zur Sicherung des Erfüllungsanspruchs	49
III. Interessen des Verkäufers	49
1. Kosten der Durchführung der Rückabwicklung	50
2. Gebrauchtheit der Sache	51

3. Frustrierte Aufwendungen	52
4. Verlust der Gewinnmarge	52
5. Sanktionscharakter des Rücktrittsrechts?	53
6. Fazit: Vermutung für Interesse des Verkäufers am Bestand des Vertrags	54
B. Grundwertungen	54
I. Synallagma als theoretische Grundlage	54
1. Rücktrittsrecht vs. Vertragsbindung?	54
2. Synallagma in den nationalen Rechtsordnungen	55
a) Deutschland	55
b) England	57
c) Frankreich	59
3. Synallagma und positives Recht	60
4. Synallagma als theoretische Grundlage des Rücktrittsrechts	61
II. Die „königliche Stellung“ des Vertrags	62
III. Verhinderung von Missbrauch	62
1. Missbrauchsgefahr	62
2. Praktische Erfahrungen mit der Wandelung	64
3. Lösung über das Synallagma	64
IV. Vertrauensverlust	65
V. Verschuldenserfordernis	67
C. Ökonomische Analyse des Rücktrittsrechts	68
I. Das Konzept des vollständigen Vertrags	69
II. Ökonomische Analyse des Rücktrittsrechts	70
1. US-amerikanische <i>Law and Economics</i> -Literatur: <i>Schwartz und Priest</i>	72
2. <i>Schäfer/Ott</i>	73
3. <i>Riha</i>	74
4. Zusammenfassung	75
III. Grenzen der ökonomischen Analyse des Rücktrittsrechts	76
IV. Erkenntnisgewinn: die Bedeutung des konkreten Sachverhalts und der Art der Nichterfüllung	77
D. Rechtliche Ausgestaltungen	79
I. Materieller Ansatz	79
II. Prozeduraler Ansatz	81
III. Judizieller Ansatz	83

Kapitel 3: Historische Grundlagen des Rücktrittsrechts	85
A. Römisches Recht	86
I. „Eiserne Regel“ – „Sperrere“ gegen das Rücktrittsrecht	86
II. Ädilizisches Edikt	88
1. Grundsatz des <i>caveat emptor</i>	88
2. Sonderrecht für den Sklavenkauf – die <i>actio redhibitoria</i>	88
3. Gründe für die Schaffung eines gesetzlichen Gewährleistungsrechts	89
4. Gründe für die Gewährung eines Rücktrittsrechts	91
5. Fazit	93
B. Mittelalterliches Recht	94
I. Kanonisches Recht – Grundlegung des Synallagma	94
II. Weltliches Recht im Mittelalter	95
1. Fortwirkung der „Sperrere“ bei den Legisten	95
2. <i>Actio redhibitoria</i> und Gattungskauf	96
3. Handelspraxis	98
III. Naturrecht	99
C. Kodifikationen	99
I. Preußisches Allgemeines Landrecht von 1794	100
II. Französischer Code civil von 1804	102
III. Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch von 1861 – Die Erfindung des Nachfrist-Mechanismus	104
IV. BGB von 1900	106
D. Englisches common law	107
I. <i>Caveat emptor</i> und vertragliche Gewährleistung durch <i>express warranties</i>	108
II. <i>Implied warranties</i> als Grundlage des gesetzlichen Leistungsstörungenrechts	109
III. Schadensersatz als primäre Rechtsfolge einer <i>warranty</i>	113
IV. <i>Conditions</i> als Grundlage für das Rücktrittsrecht	115
V. Fazit	117
E. Zusammenfassung und Vergleich	118

Kapitel 4: Nationale Rechtsordnungen im Überblick	121
A. Verbrauchsgüterkaufrichtlinie als Ausgangspunkt der Untersuchung der nationalen Rechtsordnungen	121
I. Zielsetzung, Anwendungsbereich und Mindestharmonisierung	122
II. Das Rücktrittsrecht des Käufers: Hierarchie der Rechtsbehelfe und Vorrang der Nacherfüllung	123
III. Neuerungen durch die Verbraucherrechterichtlinie	125
IV. Verbrauchsgüterkaufrichtlinie als europäischer Vertreter des prozeduralen Modells	127
B. Deutschland	127
I. Überblick	128
II. Umsetzung der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie: „Große Lösung“	128
III. Nachfrist	130
1. Nachfrist und Entbehrlichkeit	130
2. Hierarchie der Rechtsbehelfe und Vorrang der Nacherfüllung	131
3. Fehlerhafte Umsetzung der Richtlinie	132
IV. Vollständiger Ausschluss des Rücktrittsrechts, insbesondere <i>de minimis</i> -Regel des § 323 Abs. 5 S. 2 BGB	134
1. Vollständiger Ausschluss des Rücktrittsrechts	134
2. Grundregel des § 323 Abs. 5 S. 2 BGB	134
3. Konkretisierung durch die BGH-Rechtsprechung	135
4. Berücksichtigung von Arglist?	136
V. Neuerungen durch die Verbraucherrechterichtlinie	138
VI. Erfüllungsverweigerung und antizipierter Vertragsbruch	139
VII. Zusammenfassung: Variante des prozeduralen Ansatzes	140
C. England	141
I. Terminologie	141
1. <i>Rescission</i>	142
2. <i>Repudiation</i>	142
3. <i>Termination</i>	143
II. Verhältnis von Rücktrittsrecht und <i>right of rejection</i>	144
III. Das Rücktrittsrecht im common law: <i>conditions, innominate terms</i> und <i>warranties</i>	146
1. Dichotomie von <i>conditions</i> und <i>warranties</i>	147

2. <i>Innominate terms</i> als dritte Kategorie – Hongkong Fir (1962)	148
3. <i>Fundamental breach saga</i>	150
4. <i>One size fits all</i>	151
5. Fazit: Ausprägung des materiellen Ansatzes	152
IV. Das Rücktrittsrecht im Sale of Goods Act	153
1. Verhältnis von common law und Sale of Goods Act	153
2. Kaufrechtliche <i>perfect tender rule</i> : Scharfes Rücktrittsrecht bei Schlechtleistung	154
3. <i>De minimis</i> -Regel des sec. 15(A) Sale of Goods Act: <i>Who's perfect?</i>	156
V. Die Umsetzung der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie: sections 48A – 48F Sale of Goods Act	159
1. Insellösung in sections 48A – 48F Sale of Goods Act	159
2. Das <i>right to cure</i> – (k)ein Vorrang der Nacherfüllung	161
3. Neuerungen durch die Verbraucherrechterichtlinie	162
4. Consumer Rights Act 2015	162
VI. Erfüllungsverweigerung und antizipierter Vertragsbruch	163
VII. Zusammenfassung: Variante des materiellen Ansatzes	164
D. Frankreich	164
I. Das Rücktrittsrecht des Art. 1184 Code civil a.F.	165
1. Materielle Voraussetzung: Nichterfüllung	166
2. Judizieller Ansatz: Richtervorbehalt, Ermessensspielraum und die „Furcht vor der Selbstjustiz“	167
3. Grundsatz der Vertragsbindung und Subsidiarität des Rücktrittsrechts	169
4. Rücktrittsrecht ohne gerichtliche Mitwirkung bei schwerer Vertragsverletzung	171
5. Vertragsauflösungsklauseln (<i>clauses résolutoires</i>)	172
II. Reform des Art. 1184 Code civil a.F.	174
1. Avant-projet Catala	176
a) Einseitiges Rücktrittsrecht und judizieller Ansatz	176
b) Unklarheit bezüglich des materiellen Kriteriums	179
c) Aktualisierung und Verbesserung?	181
2. Projet de la Chancellerie	183
a) Übersicht über die Rücktrittsmöglichkeiten	184
b) Einseitiges Rücktrittsrecht	184

c) Judizielle Beteiligung	186
3. Projet Terré	187
4. Der lange Weg zur ordonnance n° 2016-131	188
a) Übersicht	189
b) Zusammenfassung: Wie tritt man gemäß Art. 1226 Code civil einseitig zurück?	191
c) Fazit	193
III. Das kaufrechtliche Gewährleistungsrecht	195
1. <i>Garantie des vices cachés</i>	195
2. Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen <i>vice caché</i> und <i>non-conformité</i>	196
IV. Die Umsetzung der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie: Art. L 211-10 <i>Code de la consommation</i>	197
V. Neuerungen durch die Verbraucherrechterichtlinie	200
VI. Erfüllungsverweigerung und antizipierter Vertragsbruch	201
VII. Zusammenfassung: Variante des judiziellen Modells	201
 Kapitel 5: Fallanalyse	 203
A. Nichtleistung und Zuspätleistung	203
I. Englischsches Recht	204
1. <i>Is time of the essence?</i>	204
2. Englische „Nachfrist“	206
II. Deutsches Recht	208
1. Das absolute Fixgeschäft	209
2. Relatives Fixgeschäft gemäß § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB	210
a) § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB a.F.	210
b) § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB	211
III. Französisches Recht	212
1. <i>Délai indicatif</i>	212
2. <i>Délai de rigueur</i>	214
IV. Vergleich	214
B. Schlechtleistung	216
I. Englischsches Recht: scharfes Rücktrittsrecht	216
II. Deutsches Recht: Schlechtleistung? Nachfrist!	217
III. Französisches Recht: verschiedene Gewährleistungssysteme	218

IV. Vergleich	220
1. Problemstellung: die Schärfe des englischen Rücktrittsrechts	221
2. Verbraucherschutz und die Hierarchie der Rechtsbehelfe	222
a) § 462 BGB a.F. und die Sicht des deutschen Reformgesetzgebers	222
b) Die Sicht des englischen Gesetzgebers	223
c) Verbraucherschutz missverstanden	224
3. Ursprung des scharfen Rücktrittsrechts: <i>commercial mindset</i> des englischen Rechts	226
a) <i>Chalmers</i> wirtschaftsliberale Grundhaltung	226
b) Orientierung der Rechtsprechung an den Bedürfnissen des Handelsverkehrs	227
c) Ausrichtung des common law an den Bedürfnissen des Handelsverkehrs	229
4. Das Gewicht des Erfüllungsanspruchs (<i>specific performance</i>)	230
a) Das unterschiedliche Gewicht des Erfüllungsanspruchs in England und auf dem Kontinent	230
b) Die These vom „umgekehrt proportionalen“ Verhältnis von Erfüllungsanspruch und Rücktrittsrecht	232
c) Überprüfung der These anhand der Rechtsgeschichte	233
d) Zweifel an der These vor dem Hintergrund des allgemeinen englischen Vertragsrechts	235
C. Fazit	236
Kapitel 6: Textstufenanalyse der Modellregelungen	237
A. CISG	237
I. Rücktrittsrecht des Käufers gemäß Art. 49 CISG	238
1. Wesentlichkeitsdoktrin des Art. 49 Abs. 1 lit. a CISG	238
2. Vorrang der Nacherfüllung?	239
3. Rücktrittsrecht bei Nichtleistung gemäß Art. 49 Abs. 1 lit. b CISG	241

4. CISG als internationaler Vertreter des materiellen Ansatzes	242
II. Vergleich mit Verbrauchsgüterkaufrichtlinie	243
1. CISG als Modellregelung	243
2. Unterschied zur Verbrauchsgüterkaufrichtlinie: materiell vs. prozedural	244
III. CISG als geronnene Rechtsvergleichung? – Vergleich mit englischem und deutschem Recht	246
1. Vergleich mit englischem Recht	247
2. Vergleich mit deutschem Recht	249
3. Wesentlichkeitsdoktrin als Zufallsprodukt und Kompromiss	251
IV. CISG als Blaupause für alle Modellregelungen	251
1. Der Wortlaut	252
2. Sinn und Zweck der Wesentlichkeitsdoktrin: Rücktritt als „ultima ratio“	253
3. Wesentlichkeitsdoktrin und (kompensatorisches) Synallagma	254
4. Voraussehbarkeit der Wesentlichkeit	254
5. Eine Doktrin der Rechtsunsicherheit	256
V. Fazit	257
B. PICC	258
I. Konkretisierung der Wesentlichkeitsdoktrin	259
II. Regelbeispielstechnik	262
C. PECL	263
D. DCFR	266
I. B2B-Bereich	266
II. B2C-Bereich	268
E. CESL	269
I. Struktur	270
II. Wesentlichkeitsdoktrin des Art. 114 Abs. 1 CESL	271
1. Ungeeignetheit der Wesentlichkeitsdoktrin im europäischen Kontext	271
2. Die Wesentlichkeitsdoktrin des CESL	274
III. Vorrang der Nacherfüllung gemäß Art. 106 CESL: „gespaltene“ Lösung	275
1. Vorrang der Nacherfüllung im B2B-Bereich	276

2. Scharfes Rücktrittsrecht im B2C-Bereich	277
IV. Rücktrittsschwelle für Verbraucher in Art. 114 Abs. 2 CESL	278
V. Kritische Würdigung des CESL	279
1. Pfadabhängigkeit	280
2. Lautstarker Verbraucherschutz	281
 Kapitel 7: Rücktrittsrecht des Käufers de lege ferenda	 283
A. Das Rücktrittsrecht als Spiegel der Europäisierung des Privatrechts	 283
I. Grenzen der Privatrechtsvereinheitlichung „von oben“	283
II. Anticipatory breach als Lehrstück der Europäisierung des Privatrechts	285
III. Organische Harmonisierung als Weg in die Zukunft	287
B. Verbesserungsmöglichkeiten bei der Ausgestaltung des Rücktrittsrechts	 288
I. Dispositives Recht	289
II. Was ist „majoritarian“? – Orientierung am Letztkauf einer industriell hergestellten, beweglichen Gattungssache	289
III. Vertragspraxis und AGB	293
1. Gestaltungsmöglichkeiten	294
2. Verbraucherrecht	295
3. Handelsrecht	296
a) Deutsches Recht: Vorrang der Nacherfüllung	296
b) Englisches Recht: scharfes Rücktrittsrecht	297
c) Französisches Recht: gerichtliche Beteiligung	298
d) Internationale Vertragspraxis, insbesondere ICC Mustervertrag	299
C. Bewertung des materiellen Ansatzes	301
I. Offener materieller Ansatz: Rechtssicherheit vs. Einzelfallgerechtigkeit	302
1. Einzelfallgerechtigkeit	302
2. Rechtssicherheit	304
II. Fallgruppenbildung beim materiellen Ansatz	305
1. Erhöhung der Rechtssicherheit	305
2. Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Fallgruppenbildung	306

III. Die Berücksichtigung des Verkäuferinteresses am Bestand des Vertrags	306
1. Das Verkäuferinteresse am Beispiel der Kosten des Rücktransports	306
2. Berücksichtigung des Verkäuferinteresses innerhalb des materiellen Ansatzes	307
IV. Scharfes Rücktrittsrecht bei Schlechtleistung?	309
1. Rechtssicherheit vs. Einzelfallgerechtigkeit	309
2. Geeignetheit zur Bewältigung von Regressfragen in Vertragsketten	310
3. Massenproduktion und Synallagma	311
D. Bewertung des prozeduralen Ansatzes	313
I. Prozedural vs. materiell, Rechtssicherheit vs. Einzelfallgerechtigkeit	314
1. Rechtssicherheit	314
2. Konflikt zwischen Rechtssicherheit und Einzelfallgerechtigkeit	315
II. Stärkung des Synallagma und der Vertragsbindung	317
1. Bloß „kompensatorisches“ Synallagma bei materiellem Ansatz	317
2. Stärkung des Synallagma durch prozeduralen Ansatz	319
III. Anwendungsbereich: Beschränkung des prozeduralen Ansatzes auf Nichtleistungen?	320
IV. Materielle Elemente beim prozeduralen Ansatz	321
1. <i>De minimis</i> -Regelung	322
2. „Schwere“ Nichterfüllungen	324
E. Bewertung des judiziellen Ansatzes	326
I. Schutz der Vertragsbindung und des Erfüllungsanspruchs	327
1. Effizienz statt Vertragsbindung?	327
2. Geeignetheit des judiziellen Ansatzes zum Schutz der Vertragsbindung	328
II. <i>Ex post</i> -Kontrolle und Prozesslast	330
III. Rücktritt „auf eigene Gefahr“ – Möglichkeit eines Wahlrechts	332
F. Kombination materieller und prozeduraler Elemente	334
I. Kombinationsmodell	335
1. Idealtypik und Kombinationsmöglichkeit	335

2. Normale Nichterfüllungen: prozeduraler Ansatz	336
3. Schwere Nichterfüllungen: materieller Ansatz	338
4. Leichte Nichterfüllungen	341
a) Konflikt von Synallagma und <i>de minimis</i> -Regelung	341
b) Niedrige Schwelle der <i>de minimis</i> -Regelung im B2C-Bereich	342
5. Zwei (unsichere) materielle Hürden beim Kombinationsmodell?	344
II. Judizieller Ansatz	344
1. Erforderlichkeit des judiziellen Ansatzes zum Schutz der Vertragsbindung?	345
2. Erhöhung der Rechtssicherheit?	347
III. Zusammenfassung	348
G. Ausblick	349
Literaturverzeichnis	351

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
Abs.	Absatz
AC	Law Reports, Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AJCA	L'Actualité Juridique Contrats d'affaires – Concurrence – Distribution
All ER	All England Law Reports
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Alt.	Alternative
Am.J.Comp.L.	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel/Article
Aufl.	Auflage
B2B	business to business (Verträge zwischen zwei Unternehmern)
B2C	business to consumer (Verträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher)
B. & S.	Best & Smith's Queen's Bench Reports
BB	Betriebs-Berater
BeckRS	Beck Rechtsprechung
Bing.	Bingham's Common Pleas Reports
Bd./Bde.	Band/Bände
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Boston Coll.Ind. & Comm.L.Rev.	Boston College Industrial and Commercial Law Review
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache

Abkürzungsverzeichnis

Bull. civ.	Bulletins des arrêts des chambres civiles de la Cour de cassation
BW	Burgerlijk Wetboek
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Camp.	Campbell's Nisi Prius Cases
Cass. Civ.	Cour de Cassation, Chambre civile
Cass. Com.	Cour de Cassation, Chambre commerciale
CCIP	Chambre de commerce et d'industrie de Paris
CESL	Common European Sales Law – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht KOM (2011) 635 endg.
Ch	Law Reports, Chancery Division (3rd Series)
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods; Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, vom 11. April 1980 (BGBl. II, 1989, S. 588)
C.L.C.	Commercial Law Cases
C.L.J.	Cambridge Law Journal
CML.Rev.	Common Market Law Review
Code civil	Code civil (des français, soweit nicht näher spezifiziert)
Colum.J.Eur.L.	Columbia Journal of European Law
Colum.L.Rev.	Columbia Law Review
COM	European Commission documents
Comm	Commercial Court
Cont Cons Conc	Contrats Concurrence Consommation
C.T.L.R.	Computer and Telecommunications Law Review
D.	Digesten
DCFR	Draft Common Frame of Reference
Defrénois	Repertoire general pratique du notariat et de l'enregistrement (Defrénois)
ders.	Derselbe
Drucks.	Drucksache
Duke L.J.	Duke Law Journal
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E. & B.	Ellis & Blackburn's Queen's Bench Reports
East	East's Term Reports, King's Bench
ed.	editor
Edin. L.Rev.	Edinburgh Law Review
e.g.	exempli gratia
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EJLE	European Journal of Law & Economics
ELJ	European Law Journal

E.L.Rev.	European Law Review
endg.	Endgültig
Engl.	Englisch
E.R.	English Reports
ERCL	European Review of Contract Law
E.R.P.L.	European Review of Private Law
et al.	et alia
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
Euvr	Zeitschrift für Europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA Civ	Court of Appeal (Civil Division)
EWHC (Comm)	England & Wales High Court (Commercial Court)
EWHC	England & Wales High Court
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Ex.	Exchequer Cases
f./ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift (Festgabe)
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
Hastings Int'l & Comp.L.Rev.	Hastings International and Comparative Law Review
Harv.L.Rev.	Harvard Law Review
H. Bl.	Henry Blackstone's Common Pleas Reports
Herv.	Hervorhebung
Hg.	Herausgeber
hg.	herausgegeben
HGB	Handelsgesetzbuch
HKK	Historisch-kritischer Kommentar zum BGB
Hs.	Halbsatz
HWBEuP	Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts
ICC	International Chamber of Commerce
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
IHR	Zeitschrift für das Recht des internationalen Warenkaufs und Warenvertriebs
Incoterms	International Commercial Terms
Int'l Rev.L. & Econ	International Review of Law & Economics
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IRLE	International Review of Law and Economics
i.V.m.	in Verbindung mit

Abkürzungsverzeichnis

JA	Juristische Arbeitsblätter
J.B.L.	Journal of Business Law
JCL	Journal of Contract Law
JCP/JCP G	La Semaine Juridique (Édition générale)
J. Int'l Arb.	Journal of International Arbitration
J.L. & Com.	Journal of Law and Commerce
J.L.Econ. & Org.	Journal of Law, Economics and Organization
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
K.B.	Law Reports, King's Bench
Kfz	Kraftfahrzeug
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KOM	Dokument der Europäischen Kommission
Law Com.	The Law Commission
LG	Landgericht
lib.	liber
lit.	litera
L.J.	Law Journal
LJ	Lord Justice of Appeal
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Reports
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
L.Q.R.	Law Quarterly Review
L.R.	Law Reports (1st series)
L.R. Ex.	Law Reports, Exchequer Cases
L.Rev.	Law Review
Ltd	Limited
M. & W.	Meeson & Welsby's Exchequer Reports
Man. & G.	Manning & Granger's Common Pleas Reports
Mass.	Massachusetts
Mich.L.Rev.	Michigan Law Review
Minn.	Minnesota
ML.Rev.	Modern Law Review
MMR	MultiMedia und Recht
Mot.	Motive
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo-HGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.	note
Neubearb.	Neubearbeitung
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
no.	number; numéro
Nr.	Nummer
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OJ	Official Journal of the European Communities
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report
OR	Obligationenrecht (Schweiz)
Oreg.	Oregon
p.	page
Pace Int'l L.Rev.	Pace International Law Review
para.	paragraph
paras.	Paragraphs
PCC	Principes contractuels communs
PECL	Principles of European Contract Law
PICC	UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts
Prot.	Protokolle
QB	Law Reports, Queen's Bench
Q.B.D.	Law Reports, Queen's Bench Division
Q.J.Econ.	Quarterly Journal of Economics
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RDA	Revue de droit d'Assas
RDC	Revue des Contrats
Rec. Dalloz	Recueil Dalloz
Rec. Dalloz somm.	Recueil Dalloz (Jahr) sommaire
RegE	Regierungsentwurf
Rev.	Review
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RLDC	Revue Lamy Droit Civil
Rn.	Randnummer(n)
ROHGE	Entscheidungen des Reichs-Oberhandelsgerichts
RRJ	Revue de la recherche juridique
Rs.	Rechtssache
RTD civ.	Revue Trimestrielle de Droit Civil
RTD com.	Revue Trimestrielle de Droit Commercial
S.	Satz/Seite
SC	Session Cases (Schottland)
S.Cal.L.Rev.	Southern California Law Review
Scot. Law Com.	The Scottish Law Commission

Abkürzungsverzeichnis

sec.	section
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
SoGA	Sale of Goods Act 1979
SVR	Straßenverkehrsrecht
SZ (GA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Germanistische Abteilung)
SZ (RA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Romanistische Abteilung)
TR	Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis
TranspR-IHR	Transportrecht, Beilage „Internationales Handelsrecht“
Tul.L.Rev.	Tulane Law Review
u. a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
UCC	Uniform Commercial Code
UCC L.J.	Uniform Commercial Code Law Journal
UK	United Kingdom
ULIS	Uniform Law on the International Sale of Goods
Unif.L.Rev.	Uniform Law Review (Revue de droit uniforme)
Unilex	International Case Law, UNIDROIT
U.Pa.L.Rev.	University of Pennsylvania Law Review
Urt.	Urteil
US	United States
USA	United States of America
v	versus
v.	von/vom
Va.L.Rev.	Virginia Law Review
Var.	Variante
verb.	verbunden
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
Vict.U.Well.L.Rev.	Victoria University of Wellington Law Review
Vol.	Volume
vol.	volume
Vor	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
WLR	Weekly Law Reports
Yale L.J.	Yale Law Journal
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

zit.	zitiert
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSS (KA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Kanonistische Abteilung)
ZSS (RA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Romanistische Abteilung)
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Kapitel 1: Grundlagen

A. Aktuelle Entwicklung der europäischen Privatrechtsvereinheitlichung

Die europäische Privatrechtsvereinheitlichung ist eine der bedeutendsten juristischen Entwicklungen der Gegenwart¹. Das Kaufrecht und die Rechtsbehelfe bei Vertragsstörungen, darunter auch das Rücktrittsrecht, sind seit jeher Teil dieser Entwicklung. Zwei wichtige Akteure der Privatrechtsvereinheitlichung sind die (europäische) Rechtswissenschaft und die Gesetzgebungsorgane der Europäischen Union².

Seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist die Rechtswissenschaft treibende Kraft bei der Entwicklung eines Europäischen Privatrechts³. Eine besondere Ausprägung der rechtswissenschaftlichen Arbeit sind Modellregelungen, die als europäische *Restatements* verstanden werden können⁴. Aufbauend auf langjähriger rechtsvergleichender Arbeit sind die Principles of European Contract Law (PECL)⁵ entwickelt worden⁶. Etwa zur gleichen Zeit erschienen die für das internationale Handelsrecht konzipierten UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts (PICC). Den wissenschaftlichen Bemühungen ist gemein, dass sie Geltung nur *imperio rationis* beanspruchen können: durch inhaltliche

1 Basedow/Blaurock/Flessner/Schulze/Zimmermann, ZEuP 1 (1993), 1; Eidenmüller/Faust/Grigoleit/Jansen/Wagner/Zimmermann, JZ 2008, 529; jüngst von Bar, JZ 2014, 473: „die Zukunftsaufgabe des Privatrechts in Europa schlechthin“ [Herv. im Original].

2 Zur Rolle des EuGH als drittem wichtigen Akteur Basedow, AcP 210 (2010), 157 ff.; Lurger, Grundfragen der Vereinheitlichung des Vertragsrechts in der Europäischen Union, S. 183 ff.

3 Vogenauer, Rechtswissenschaft, in: HWBEuP, S. 1274, 1279; Zimmermann, in: Begegnungen im Recht, S. 321, 322.

4 Wurmnest, ZEuP 11 (2003), 714 ff.; Michaels, *Restatements*, in: HWBEuP, S. 1295, 1296 f.

5 Lando/Beale (Hg.), Principles of European Contract Law, Part I; Lando/Beale (Hg.), Principles of European Contract Law, Parts I and II; Lando/Clive/Prüm/Zimmermann (Hg.), Principles of European Contract Law, Part III.

6 Zimmermann, *Principles of European Contract Law*, in: HWBEuP, S. 1177, 1178.